

Barsinghausen 2020

sozial

nachhaltig

lebenswert

I. Unsere Ziele für Barsinghausen am Deister

1. Wir wollen Barsinghausen als starken Wirtschaftsstandort in der Region Hannover.
2. Wir wollen eine lebenswerte Stadt mit viel Wohnqualität im Grünen für alle Generationen.
3. Wir wollen die klimafreundliche und energieeffiziente Stadt am Deister verwirklichen.
4. Wir wollen das Miteinander in unserer Stadt am Deister stärken.
5. Wir wollen die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft verbessern.
6. Wir wollen eine leistungsfähige Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung.
7. Wir wollen einen soliden Haushalt mit einer Verringerung der städtischen Schulden.

II. „Barsinghausen 2020 sozial nachhaltig lebenswert“ unser Programm

1. In Barsinghausen zu Hause
2. Öffentliche Daseinsvorsorge - Solidarische Stadt
3. Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen
4. Soziale Netzwerke und Integration
5. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement
6. Daheim statt Heim
7. Freizeit, Sport und Kultur
8. Energiewende in Barsinghausen
9. Starke Wirtschaft, mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung, Tourismus und Landwirtschaft
10. Feuerwehr
11. Verkehr
12. Solide Finanzen

1. In Barsinghausen zu Hause

Nach Modellrechnungen zum F-Plan 2004 sollte sich die Anzahl der Einwohner bis zum Jahre 2015 noch auf ca. 38.000 erhöhen. Die Steigerung sollte im Wesentlichen aus Zuwanderungsgewinnen aus der Stadt und der Region Hannover erzielt werden. Diese Annahmen waren zu optimistisch. Der demografische Wandel trifft Barsinghausen mit stagnierenden oder sogar fallenden Einwohnerzahlen. Dieser Wandel darf nicht mit Leerständen und verfallenden Häusern in den Stadt- und Ortsteilen einhergehen.

Barsinghausen ist ein attraktiver Wohnstandort mit vielen Freizeitangeboten, qualitativ hochwertigen Lagen, einer guten verkehrlichen Anbindung, einer ansprechenden Infrastruktur bei intakter Umwelt. Das sind unsere entscheidenden Standortvorteile mit denen wir uns in der Konkurrenz gegenüber den umliegenden Kommunen durchsetzen werden. Dennoch werden wir Anreize schaffen müssen, um Menschen in Barsinghausen zu halten oder hierher zu ziehen, damit die Einwohnerzahl gehalten werden kann. Nur so können wir unsere sozialen Einrichtungen, Schulen und die gesamte technische Infrastruktur durch eine entsprechende Auslastung zu vertretbaren Preisen erhalten. Das äußere Erscheinungsbild der Wohngebiete und Straßen ist zu verbessern. Durch eine behutsame Ausweisung von Neubaugebieten und eine konzentrierte Innenentwicklung werden wir die Grundlagen für ein intaktes Ortsbild und eine positive Entwicklung in Barsinghausen als attraktiver Wohnort mit viel Lebens- und Wohnqualität im Grünen legen. Gute Arbeitsplätze, Bildungs-, Freizeit- und Jugendangebote stärken die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Kommunen.

- Ausreichend gute Krippen- und Kindergartenplätze, die dem individuellen Betreuungsbedarf Rechnung tragen und somit Familie und Beruf in Einklang bringen lassen, machen Barsinghausen für junge Familien mit Kindern interessant.
- Durch die Sicherung einer selbständigen Lebensführung bis ins hohe Alter bleibt Barsinghausen auch für Senioren lebenswert, auch durch alternative generationsübergreifende oder altengemäße Wohnformen.
- Durch eine aktive Klima- und Umweltpolitik wird der Gebäudebestand modernisiert, was zu einer Verschönerung und Belebung des Ortsbildes beiträgt.
- Bei der behutsamen Entwicklung von Neubaugebieten in allen Ortsteilen ist auf die Anbindung an den ÖPNV zu achten.
- Die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt erhalten und wird, unter anderem bei den Busverbindungen, an die sich ändernden Bedürfnisse infolge des demografischen Wandels angepasst. Buswartehäuschen und der Haltepunkt Kirchdorf der S-Bahn werden dem Standard entsprechend und behindertengerecht ausgebaut.
- Die Attraktivität der Stadt wird durch ein gepflegtes Wohnumfeld (Grünanlagen, Spiel- und Bolzplätze) mit intakten Straßen und Wegen gestärkt. Im Bereich der Marktstraße wird eine öffentliche Toilette verfügbar.
- Bei anstehenden Straßenbaumaßnahmen werden Maßnahmen zur Wohnumweltverbesserung eingeplant.
- Im Rahmen einer „Gartenschau“ soll der Zechenpark als eine naturnahe Parklandschaft erhalten und mit dem unverwechselbaren Charakter des ehemaligen Industriestandortes für Barsinghausen werben. Der Übergang zur Egestorfer Straße wird neu gestaltet.
- Mit einem Brachflächenkataster soll das innerörtliche Flächenpotential erfasst werden, um so eine schnelle Aktivierung zu ermöglichen.
- Die Baulückenbörse ist bei der Suche nach einem Bauplatz oder einem Leerstandsgebäude behilflich.
- Die durch die öffentliche Infrastruktur verursachten Nebenkosten einer Familie werden überprüft.
- Barsinghausen wird als Wohnstandort von der Stadtentwicklungsgesellschaft effektiv vermarktet.
- Der Flächennutzungsplan ist im Teilbereich Wohnen zu überarbeiten und den Folgen des demografischen Wandels anzupassen.

2. Öffentliche Daseinsvorsorge - Solidarische Stadt

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein hohes Gut. Dieser Verantwortung gegenüber den Menschen muss die Stadt gerecht werden. Der neoliberale Weg in die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen hat sich vielfach als Irrweg erwiesen. Die Rekommunalisierung bietet die Chance, den sozialen Nutzen von Wirtschaft neu zu entdecken. Öffentliche Unternehmen sind gute Instrumente des kommunalen Gestaltungswillens. Über die Aufsichtsräte kann die Stadt die Unternehmensentscheidungen im Interesse der BürgerInnen steuern.

Wirtschaftsbetriebe Stadtwerke

Die Stadtwerke werden zu einem zukunftsorientierten Unternehmen für Energie, Wasser und Dienstleistungen. Im Interesse des Gemeinwohls muss die Versorgung mit Energie und Trinkwasser jederzeit und für jeden sicher, qualitativ hochwertig und bezahlbar gewährleistet werden. Die Stadtwerke liefern täglich Strom, Gas, Fernwärme und Trinkwasser und betreiben im Auftrag der Stadt das Abwassersystem. Die Stadtwerke werden sich von einem reinen Wasserversorger zu einem vielseitigen und flexiblen Dienstleister wandeln. Sie unterstützt den Wechsel von zentraler Energieerzeugung hin zu dezentralen Anlagen.

- Die Stadtwerke werden zu einem zukunftsorientierten Unternehmen für Energie, Wasser und Dienstleistungen.
- Nach Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse sollen die Strom- und Gasnetze rekommunalisiert werden.
- Mögliche Kooperationspartner suchen wir im kommunalen Bereich.
- Die bisherige Konzessionsabgabe ist zu sichern.
- Synergien mit der Wasserversorgung werden genutzt.
- Durch die Einbindung einheimischer Betriebe bei Bau- und Servicearbeiten wird die örtliche Wirtschaft gefördert.
- Der Netzbetrieb bietet neue Chancen für die Erzeugung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung) und den Vertrieb erneuerbarer Energien.
- Der Ausbau des Dienstleistungsspektrums umfasst die Leistungen des Bauhofes mit Straßen- und Gehwegreinigung und den Winterdienst.
- Die Stadtwerke beraten und fördern Privatkunden und Firmen bei der ökologischen und ökonomischen Nutzung von Energie und Wasser.

Abwasserbeseitigung

Bei der Abwasserbehandlung lassen sich nach einer Studie des Umweltbundesamtes („Energieeffiziente Abwasseranlagen“) große Mengen an Kohlendioxid einsparen. Durch Energieeffizienz-Maßnahmen sowie durch verbesserte Energieerzeugung lässt sich der Kohlendioxid-Ausstoß der Abwasserbehandlung deutlich senken. Abwasserbehandlungsanlagen sind für durchschnittlich 20% des Energieverbrauchs in deutschen Städten und Gemeinden verantwortlich. Abwasserbeseitigung kann deutlich kostengünstiger erfolgen.

- Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung wird weitergeführt.
- Der Ist-Zustand der Kläranlage wird untersucht um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten der Energieeinsparung und -erzeugung bestehen.
- Im Interesse der BürgerInnen werden die Kosten der Abwasserbeseitigung durch eine energieeffiziente und umweltverträgliche Technik gering gehalten.
- Die Kanalisation und die Kläranlage sind laufend dem technischen Standard und dem Bedarf anzupassen, um einen störungsfreien Ablauf zu gewährleisten und Umweltbelastungen zu vermeiden.
- Angestrebt wird ein energieautarker Betrieb der Kläranlage.

Stadtentwicklungsgesellschaft (SGB)

Die erfolgreiche regionale und überregionale Vermarktung des Standortes Barsinghausens ist eine Kernaufgabe der SGB. Die SGB soll die städtische Entwicklung koordinieren und intensivieren. Sie begleitet Investoren vom ersten Kontakt bis zur Inbetriebnahme der Produktion oder Tätigkeit und steht den Unternehmen dauerhaft als Ansprechpartner zur Seite. Die SGB erleichtert notwendige Behördenvorgänge und sorgt für eine reibungslose Kooperation mit den beteiligten Fachabteilungen der Verwaltung. Auch mit anderen Institutionen, wie Arbeitsamt, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer etc. arbeitet sie intensiv zusammen. Die SGB wird die räumlichen und wirtschaftlichen Strukturen der Stadt Barsinghausen durch die Entwicklung von Wohnungsbau, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen fördern.

- Neben der Akquisition neuer Unternehmen ist die Bestandspflege eine zentrale Aufgabe der SGB.
- Sie entwickelt und vermarktet städtische Gewerbe- und Wohnbaugrundstücke.

- Die SGB wird Existenzgründer bereits in der Vorbereitungsphase unterstützen, um Entwicklungspotentiale zu fördern und um berufliche, persönliche und wirtschaftliche Risiken zu minimieren.
- Die SGB bietet eine Einstiegberatung in allen Fragen der Unternehmensnachfolge an und vermittelt Kontakte zu den regionalen Beratungsinstitutionen.
- Sie berät und betreut Betriebe und Investoren und betreibt das Standort- und das Innenstadtmarketing.
- Als Partner des Einzelhandels unterstützt und begleitet die SGB Aktivitäten zur Attraktivitätssteigerung des Einkaufsstandortes Barsinghausen.
- Das Stadtmarketing und das Citymanagement sollen ein neues Leitbild für die Stadt erarbeiten und entsprechende Projekte umsetzen. Die SGB arbeitet dabei eng mit dem Centrum zusammen.

Stadtparkasse Barsinghausen

Die Stadtparkasse ist wichtig für Barsinghausen, die Menschen und die Wirtschaft. Mit 17.500 Kunden ist die Stadtparkasse Barsinghausen ein starker Partner und wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie ist dem Gemeinwohl und der Wirtschaftsförderung in der Stadt verpflichtet. Sie entscheidet über Kredite oder die Unterstützung von Existenzgründern schnell und direkt vor Ort. Sie gibt Jugendlichen eine Chance, indem sie jährlich vier Ausbildungsplätze anbietet. Sie fördert zahlreiche Veranstaltungen von Vereinen und Initiativen im Bereich Sport, Kultur und Soziales.

Wir wollen die Stadtparkasse als eigenständiges Institut vor Ort erhalten.

3. Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen

Familienpolitik auf kommunaler Ebene bedeutet Daseinsvorsorge für eine lebenswerte Stadt zu betreiben. Eine kinder- und familienfreundliche Infrastruktur hat einen hohen Wert. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Barsinghausen im Alter bis zu 19 Jahren ist deutlich rückläufig. Seit Jahren ist ein kontinuierlicher Geburtenrückgang zu verzeichnen. Insbesondere die Auslastung der Kindergärten und Schulen in den ländlichen Ortsteilen wird schrumpfen. Dieser Schrumpfungsprozess bietet die Chance zur Entwicklung neuer Qualitäten.

Kindertagesstätten

In den PISA-Studien ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass das deutsche Bildungswesen soziale Ungleichheit produziert und sogar verstärkt. Neben der Qualität des Bildungswesens ist die Chancengleichheit eine zentrale Aufgabe, der wir uns stellen werden. Die Bildungswege von Kindern müssen noch vor Eintritt in die Schule beginnen.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Dem individuellen Betreuungsbedarf ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, damit Familie und Beruf in Einklang gebracht werden können. Eltern erwarten aber auch, dass Kindertageseinrichtungen (Kitas) ihren Bildungsauftrag in der Praxis umsetzen. In erster Linie ist die Qualität der Kindertagesbetreuung maßgeblich. Kindern in der Kita ist Spaß am Wissenserwerb zu vermitteln, um so den Übergang zur Schule bestmöglich vorzubereiten. Bereits in der Kita müssen Fundamente für die zukünftige Bildung gelegt werden. Eine umfangreiche frühe Förderung eröffnet bessere Zukunftschancen für unsere Kinder.

- Für jedes Kind wird ein Krippen- bzw. ein Kindergartenplatz in Wohnortnähe zur Verfügung stehen.

- Inklusion und Integration von Kindern mit sozialen, körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen wird durch Einzelförderung und die Senkung der Gruppenstärken erreicht.
- Die räumliche Ausstattung der Kindergärten und Krippen ist dem jeweiligen Bedarf mit einem aktuellen Standard anzupassen. Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.
- Wir werden Erzieher und Erzieherinnen durch Fort- und Weiterbildungen die Möglichkeit geben, auf dem neuesten Wissensstand zu bleiben.
- Wir werden versuchen, den Anteil von Erziehern in den Kindertageseinrichtungen zu erhöhen.
- Wir werden das Bewusstsein für „Bildung von Anfang an“ unter Einbeziehung der Eltern in allen sozialen Schichten fördern.
- Wir werden Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Verbesserung der Qualifizierung der Kinder anbieten.
- Die Kindergärten arbeiten eng mit den Grundschulen zusammen, um frühzeitig Lerndefizite zu erkennen und auszugleichen.
- Die Gruppengrößen in den Krippen und Kindertagesstätten werden bei gleich bleibender Betreuerzahl reduziert.
- Flexible Öffnungszeiten mit Ganztagsangeboten und Ferienbetreuung fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Kindergartenbeiträge werden familienfreundlich gestaltet.
- Eltern wird bei der Suche nach Tagesmüttern und -vätern geholfen.

Von der Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum

Eltern und Kinder benötigen immer öfter Unterstützung, um die an sie gestellten Anforderungen zu bewältigen. Frühzeitig soll eine kontinuierliche Förderung erfolgen.

In den wohnortnahen Kindertageseinrichtungen wird die Familienförderung beginnen. Hier können Eltern angesprochen werden und - wenn erforderlich - frühzeitig Hilfe bekommen. Familienzentren sollen zu einer Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung und Förderung beitragen, Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgabe behilflich sein sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern. Tageseinrichtungen für Kinder werden zu Orten, an denen Familien umfassend beraten und unterstützt werden. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass die vorhandenen Angebote stärker miteinander vernetzt und durch die Kindertageseinrichtung gebündelt werden. Sie werden rechtzeitig Beratung, Information und Hilfe in allen Lebensphasen ermöglichen und Eltern entsprechende Angebote leichter zugänglich machen.

- Kindertageseinrichtungen werden zu Familienzentren weiterentwickelt.
- Die Familienzentren kooperieren mit Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten und anderen Einrichtungen wie z.B. den Familienverbänden und Selbsthilfeorganisationen.
- Die Frühprävention wird nachhaltig verbessert.
- Familienzentren werden zu Orten der ersten Begegnung in den Stadt- und Ortsteilen.

Schule

Die Stadt Barsinghausen verfügt über ein umfangreiches Schulangebot. Neben acht Grundschulen, einer Förderschule, einer Haupt- und Realschule und einem Gymnasium gibt es eine Kooperative Gesamtschule. Schulen werden sich noch stärker als bisher öffnen müssen. Das

bedeutet konkret, dass sich Schulen sowohl nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte als auch nach außen zum Stadtteil hin öffnen müssen. SchülerInnen sind bei ihren Bildungsanstrengungen zu unterstützen. Hohe Aufmerksamkeit muss der Förderung aller Kinder gelten, deren Familien diese Unterstützung selbst nicht leisten können. Ziel muss es sein, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss und damit ohne die Mindestvoraussetzung für den Einstieg in die berufliche Ausbildung die Schule verlässt. Chancenlosigkeit darf künftig keine Chance mehr haben. Hier werden wir auch die Möglichkeiten der VHS nutzen.

- Eine Oberschule für Barsinghausen lehnen wir ab. Wir geben kooperativen Schulformen den Vorzug.
- Die Stadt bereitet sich auf die Herausforderungen der Inklusion vor, indem sie Aufgeschlossenheit bei den Beschäftigten und in der Bevölkerung schafft. Um eine optimale Förderung aller Kinder zu erreichen, werden wir frühzeitig gemeinsam mit den Schulen und Kindertageseinrichtungen und Elternvertretungen über die anstehenden Veränderungen beraten.
- Schulen mit Ganztagsbetreuung werden in Barsinghausen die Regel sein.
- Die Ausstattung der Schul- und Fachräume und der Freizeitbereiche ist dem jeweiligen Bedarf mit einem aktuellen Standard anzupassen. Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.
- Die berufliche Orientierung und Qualifizierung ist durch die Förderung von Schlüsselqualifikationen z.B. durch die VHS zu vermitteln, um eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.
- Beim Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf werden wir in Kooperation mit der Region Hannover bei Bedarf Hilfestellung leisten.
- Die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und anderen Einrichtungen wird intensiviert.
- Die Schulen werden zu soziokulturellen Zentren in den Stadt- und Ortsteilen, deren Räume auch außerhalb des Unterrichts durch lokale Initiativen, Vereine und Bewohnergruppen genutzt werden, als Orte der Begegnung, Kommunikation und Integration im Stadtteil, dabei haben schulische Veranstaltungen Vorrang.
- Die Stadt wird ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen in der Verwaltung wieder gerecht, indem sie eine angemessene Anzahl von Ausbildungsplätzen vorhält. Diese Ausbildung ist auch erforderlich, um den eigenen Fachkräftebedarf zu decken.

Volkshochschule

Die VHS Calenberger Land ist eine kommunale Weiterbildungseinrichtung der Städte Barsinghausen, Gehrden, Ronnenberg, Seelze, Springe und der Gemeinde Wennigsen. Das Bildungsprogramm steht grundsätzlich allen Interessierten offen. Die VHS ist als Einrichtung der Erwachsenen- und Weiterbildung für uns unentbehrlich.

- Die VHS bietet Bildung zu sozial verträglichen Konditionen an.
- In Projekten werden Langzeitarbeitslose an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt.

4. Soziale Netzwerke und Integration

Soziale Netzwerke

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Durch sozialen Zusammenhalt wollen wir die Basis für eine solidarische Gesellschaft legen. Inklusion von Menschen mit sozialen, körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir begrüßen daher die wertvollen Angebote des sozialpsychiatrischen Zentrums Petrushof und den Bau des Wohnheimprojekts der IG Eltern geistig Behinderter an der Rehrbrinkstraße.

Die Familien- und Erziehungsberatungsstelle der Region Hannover in Barsinghausen bietet bei innerfamiliären Problemen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern kompetente und kostenlose Hilfe. Jugendhilfe im Waldhof wird immer wichtiger. Die Zahl der ambulanten und stationären Maßnahmen ist steigend. Frühzeitig werden Notlagen erkannt und die erforderlichen Hilfen angeboten. Durch die Vernetzung mit anderen Institutionen und Einrichtungen ist die Beratungsstelle unentbehrlich.

Neben der Familienberatung verdienen die Schuldner-, Sucht- und Integrationsberatung unsere volle Unterstützung. Hier wird Menschen in besonderen Problemlagen die erforderliche Hilfestellung geboten, um ihren Weg zurück in die Gesellschaft zu finden.

In unterschiedlichen Qualifizierungsmaßnahmen wird Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, Langzeitarbeitslosen, die schwierige Lebensumstände oder gesundheitliche Einschränkungen haben, eine berufliche Perspektive gegeben. Solche Hilfen werden in Jugendwerkstätten und von der VHS angeboten. Diese Arbeit ist fortzusetzen.

Die Barsinghäuser Beschäftigungsinitiative (BBI) gibt vielen Arbeitslosen eine Perspektive für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Sie kann bei vielen Projekten manuelle Arbeit leisten, die ansonsten nicht realisierbar wären. Die Stadt wird daher weiterhin Maßnahmen zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt aktiv nutzen.

Barsinghausen lebt auch im sozialen Bereich im hohen Maß vom Engagement seiner BürgerInnen. In den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Kirchengemeinden und Einrichtungen wird wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl geleistet. Diese Arbeit erfolgt oft ehrenamtlich. In nahezu allen Lebenslagen können Menschen in Krankheit oder Not Ansprechpartner und Hilfe finden. Diese Arbeit verdient unsere besondere Anerkennung.

- Wir wollen diese vielfältigen Angebote im sozialen Bereich vernetzen, so dass jedem Bedürftigen und Betroffenen schnell ein Ansprechpartner vermittelt werden kann.
- Zum Erhalt der notwendigen Beratungseinrichtungen werden wir - soweit nötig- auch einen finanziellen Beitrag leisten.
- Die Stadt erstellt ein Infoblatt über finanzielle und pädagogische Unterstützungsmöglichkeiten.

Integration - Miteinander leben Tag für Tag

Wir sind gegen jede Art von Intoleranz, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt. Die SPD Barsinghausen steht für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. MitbürgerInnen aus anderen Ländern sind eine Bereicherung der Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass religiösen und kulturellen Eigenheiten Rechnung getragen wird. Die Integration der bei uns lebenden Zuwanderer ist eine Herausforderung, der wir uns stellen werden.

Die demografische Entwicklung der nächsten Jahre wird auch in der Stadt Barsinghausen zu einem wachsenden Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund führen. Barsinghausen ist eine offene, tolerante und soziale Stadt. Den Prozess der Integration wollen wir in einem offenen

Dialog mit dem BürgerInnen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen führen. Wir können es uns nicht leisten, auf die Entwicklung der Potentiale der heranwachsenden Generationen zu verzichten. Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse starten in ihre Schulausbildung mit einer gravierenden Benachteiligung, die kaum noch auszugleichen ist. Neben guten Deutschkenntnissen können auch Herkunftssprachenkenntnisse eine wichtige Ressource für den Arbeitsmarkt sein.

SchülerInnen sind bei ihren Bildungsanstrengungen zu unterstützen. Beim Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf ist Hilfestellung zu leisten. Das Potenzial und die Kompetenz der heranwachsenden Generation muss auch für die Arbeit der Kommunalverwaltung erschlossen werden.

- Wir respektieren und akzeptieren ethnische und kulturelle Unterschiede auf der Basis des Grundgesetzes.
- Wir fördern gleiche Zugangsbedingungen zu Bildung, Arbeit, Wohnen, Politik, Gesundheit und Kultur.
- Die Arbeit des Integrationsbeirates wird weitergeführt.
- Es sind Orte der Begegnung, der Diskussion und für verbindende Feierlichkeiten zu schaffen.
- Die Grundlagen der Integration sind durch die Förderung von Bildung und Erziehung, insbesondere durch eine frühzeitige Sprachförderung vor Beginn der Schulreife zu legen.
- Die vorschulische Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund wird durch Einzelförderung, Senkung der Gruppenstärken und den Ausbau von Kinder- und Familienzentren erreicht.
- Der Zugang zu den Migrantenfamilien über Familienhebammen mit entsprechenden Sprachkenntnissen ist wichtig, um zielgerichtet Hilfe anbieten zu können.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der Verwaltung, den Kindertageseinrichtungen und den Schulen die Migrationskompetenz des Personals erhöht wird.
- Wir setzen auf die Unterstützung der Schulen, der Volkshochschule, der Sozialverbände, des JobCenters, der Wohnungsbaugesellschaften und privater Initiativen.
- Koordiniert wird die Arbeit durch eine/n städtische/n Integrationsbeauftragten, der/die eng mit dem Integrationsrat, dem Quartiersmanager der Sozialen Stadt und Vereinen und Verbänden zusammenarbeitet.

5. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Bürgerbeteiligung

Die letzte Wahlperiode hat gezeigt, dass die Verwaltung und die Mehrheit von CDU und FDP im Rat der Stadt die Bürgerbeteiligung als lästige Pflichtaufgabe betrachten. Die formellen Voraussetzungen der gesetzlich vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden schematisch abgearbeitet, ohne mit den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Dialog eintreten zu wollen. Zuvor in Hinterzimmern beschlossene Projekte wurden durchgezogen, ohne vorgetragenen Anregungen und Bedenken angemessen Rechnung zutragen. Das Ergebnis der Bürgerbeteiligung stand fest, bevor das Verfahren überhaupt begonnen hatte. In diesem Zusammenhang sei an die Ratsentscheidungen zu Kaufland oder an die Innenstadtsanierung erinnert. Durch ein derartiges Verhalten wird Politik- und Demokratieverdrossenheit hervorgerufen. Bürgerbeteiligung ist keine Alibiveranstaltung!

Demokratie lebt vielmehr von der Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen. Die Bürgerbeteiligung geht dabei weit über die bloße Wahl von politischen Vertretern in die Parlamente und in die Räte hinaus. Die repräsentative Demokratie wird ergänzt durch die Beteiligung der Einwohner an Entscheidungen der Kommunalpolitik und bei Planungen. Wir haben mit dem Einwohnerantrag zur Bebauung auf der Halde und dem Antrag auf Bürgerbeteiligung bei der Innenstadtgestaltung deutlich gemacht, wie wir uns Bürgerbeteiligung vorstellen können.

Der Mitsprache, Mitwirkung und Mitentscheidung der Einwohner werden wir daher deutlich mehr Raum gegeben. Durch die Öffentlichkeitsbeteiligung soll Jedermann die Möglichkeit haben, seine Interessen und Rechtspositionen in angemessener Form einzubringen und zu wahren. Die freiwillige Bürgerbeteiligung richtet sich in der kommunalen Praxis auf alle denkbaren kommunalpolitischen Themen. Beispielhaft wird auf die Beteiligung an der Haushaltsplanung und bei einzelnen Bauprojekten verwiesen. Die SPD ist sich dabei bewusst, dass bei der großen Anzahl widerstreitender Interessen nicht immer alle Anliegen der BürgerInnen im vollen Umfang Berücksichtigung finden können.

Wir setzen auf eine Partnerschaft zwischen den BürgerInnen und der Verwaltung, wobei der Mensch im Mittelpunkt steht. Weit vor Projektbeginn soll eine frühzeitige Bürgerbeteiligung die Akzeptanz und Qualität politischer Entscheidungen erhöhen. Durch eine intensive Bürgerbeteiligung wollen wir zu einem Abbau der Politikverdrossenheit beitragen.

- Durch ein Beschwerdemanagement wird gewährleistet, dass innerhalb kürzester Frist auf Beschwerden der BürgerInnen reagiert wird.
- Auf die Nutzung der Instrumente der Kommunalverfassung von der Bürgerbefragung bis zum Bürgerentscheid werden wir hinwirken.
- Neben den gesetzlichen Mitwirkungsmöglichkeiten werden verschiedene Formen der freiwilligen Bürgerbeteiligung, vom Bürgerstammtisch in den Ortsteilen über Bürgerversammlungen bis hin zu Zukunftswerkstätten und Bürgerhaushalten, angeboten.
- Den Jugendlichen werden mehr Einflussmöglichkeiten durch Jugendforen unter Beteiligung von Politik und Verwaltung eröffnet. Eine öffentliche Erörterung der eingebrachten Meinungen und Anregungen unter Mitwirkung der Verwaltung und der Ratsgremien ist zwingend. Die Wahl eines Jugendparlaments soll angestrebt werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Menschen für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Viele BürgerInnen sind motiviert, durch ehrenamtliches Engagement einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Barsinghausen lebt beim Sport und im sozialen Bereich in hohem Maß vom Engagement seiner BürgerInnen. In den Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und Einrichtungen wird wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl erbracht. Diese Arbeit erfolgt in der Regel ehrenamtlich.

In nahezu allen Lebenslagen können Menschen in Krankheit oder Not Ansprechpartner und Hilfe finden. Diese Arbeit verdient unsere besondere Anerkennung, da sie oft in aller Stille erfolgt. Auch mit dem Eintritt in das Rentenalter wollen sich viele MitbürgerInnen noch nicht zur Ruhe setzen. Ein wichtiger Bestandteil wird in Zukunft die Einbindung von Freiwilligen in die Seniorenarbeit sein.

Die BewohnerInnen in den Ortsteilen und in den Wohnquartieren sollen stärker für ein Engagement in ihrem direkten Wohnumfeld gewonnen werden. Zur Stärkung des Wohnumfeldes wird je Einwohner ein Euro zur Verfügung gestellt. Projekte werden mit maximal 750 € aus der

Stadtteilaktivkasse gefördert. Die Projekte dienen der Selbsthilfe in den Stadtteilen und unterstützen aktive Nachbarschaften.

- Im Freiwilligenzentrum können sich Interessierte melden und über ehrenamtliche Betätigungsmöglichkeiten informieren. Das bürgerschaftliche Engagement wird hier koordiniert.
- Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement durch die Einrichtung einer Stadtteilaktivkasse fördern.
- Bestehende Angebote in den Ortsteilen sollen weiterentwickelt und vernetzt werden.
- Städtische Räume werden Vereinen, Initiativen und Bürgern unbürokratisch überlassen und können als Stadtteilzentren dienen.
- Mit dem Freiwilligen Jahr für Senioren soll dem Trend Rechnung getragen werden, dass sich immer mehr Menschen nur noch auf Zeit für ein bestimmtes Projekt engagieren wollen.
- Ehrenamtlich Tätige benötigen geeignete Rahmenbedingungen, Motivation und Anregung, die durch Schulung, Qualifizierung aber auch durch unterschiedliche Formen der Anerkennung (Ehrungen und Ausweitung der Ehrenamtskarte) erfolgen sollen.

6. Daheim statt Heim - Älter werden in Barsinghausen

Die Zahl der älteren Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten erheblich zunehmen. Der demografische Wandel stellt insbesondere in den ländlich strukturierten Ortschaften eine große Herausforderung da. Alterungsprozesse haben vielfältige Auswirkungen auf die Nachfrage von Konsumgütern und Dienstleistungen sowie auf das Angebot von Arbeitskräften. Der Bedarf an öffentlichen Einrichtungen wird sich aufgrund der neuen Alterstruktur verändern.

Mehr als 90% der älteren Menschen führen ein selbständiges Leben, das sie so lange wie möglich in ihren Wohnungen fortsetzen möchten. Das Wohnen im Alter wird zu einer Herausforderung an den Wohnungsmarkt. Es wird immer mehr Single-Haushalte mit Älteren geben. Die Nachfrage nach barrierefreiem Wohnraum wird steigen. Treppen, zu schmale Türen, fehlende Aufzüge oder nicht altengerechte Badezimmer sollten ältere Menschen nicht zum Verlassen der Wohnung zwingen. Heimkosten belasten teilweise unnötig die öffentlichen Haushalte. Altenwohngemeinschaften und altengerechte Wohnungen können die Stadt bei entsprechender Nahversorgung für Senioren attraktiv machen.

Die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung hat eine Veränderung der Nachfrage nach Versorgungs- und Pflegedienstleistungen zur Folge. Einzelhandel, Wohnungswirtschaft, Anbieter von altersspezifischen Dienstleistungen müssen im eigenen Interesse auf den Wandel reagieren. Eine gute ärztliche Versorgung und die gesamte Palette der Gesundheitsdienstleistungen nehmen an Bedeutung zu. Unterstützung ist beim Transport, etwa zum Einkaufen und zum Arzt oder bei kleinen Hilfeleistungen im Haushalt zu arrangieren.

Die Sicherung der selbständigen Lebensführung bis ins hohe Alter wird zunehmend eine zentrale städtische Aufgabe. Die Stadt muss auf die immer stärker werdenden Bedürfnisse älterer Menschen vorbereitet sein. Ziel ist es, die Erfahrungen älterer Menschen zu nutzen, ihre Selbständigkeit zu bewahren und zu fördern und somit ihre Lebensqualität zu verbessern. Die Stadt muss einem erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarf älterer Menschen Rechnung tragen.

- Es wird mit dem Seniorenservicebüro eine Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet, in der haupt- und ehrenamtliche Kräfte zusammenarbeiten.

- Das Seniorenservicebüro berät neutral über Art und Umfang gesetzlicher Leistungen und Hilfsangebote, die Älteren den Alltag erleichtern können.
- Bei beginnender Pflegebedürftigkeit ist das Seniorenservicebüro neutraler Berater bei der Beantragung der Pflegestufen und der Auswahl der Pflegedienste und -einrichtungen.
- Ein Schwerpunkt ist die Wohnraum erhaltende Beratung zur Anpassung vorhandener Wohnungen.
- Darüber hinaus soll auch Beratung und Unterstützung für alternative Wohnformen im Alter angeboten werden. Nachbarschaftliche Wohnkonzepte, Seniorenwohngemeinschaften, Wohnkonzepte für mehrere Generationen werden bekannter gemacht.
- Das selbständige Wohnen ist durch Alltagshilfen, Gemeinschaftsangebote vor Ort und häusliche Pflege zu sichern.
- Die Mobilität der Senioren ist durch ein angepasstes Angebot der ÖPNV und privater Anbieter zu erhöhen. Auf den Ausbau von Servicediensten ist hinzuwirken.
- Der behindertengerechte Ausbau der Bushaltestellen ist fortzusetzen.
- Bestehende Angebote für Senioren in den Ortsteilen (z.B. als Seniorenbegleiter, für ehrenamtliche Besuchsdienste) werden weiterentwickelt und vernetzt.
- Generationsübergreifende Projekte werden gefördert und koordiniert.
- Wir unterstützen die Arbeit des Seniorenbeirates, der Behindertenbeauftragten, des Freiwilligenzentrums, der Wohlfahrtverbände, der Kirchen und sonstigen Organisationen, die im Bereich der Seniorenarbeit professionell oder ehrenamtlich tätig sind.

7. Freizeit, Sport und Kultur

Eine Stadt ist erst richtig lebenswert, wenn sie neben Schule und Arbeit auch ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot bietet. Nach der Schließung des Kuba fehlt ein soziokulturelles Angebot, das in den letzten Jahren wertvolle Jugendarbeit geleistet und ein abwechslungsreiches Kulturangebot präsentiert hat. Diese Lücke gilt es zu schließen. Es fehlen zentrale Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche im Stadtzentrum aber auch in den Ortsteilen.

Sport ist gleichermaßen für die Freizeitgestaltung und die Gesundheit von Bedeutung. Über 12.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in 35 Sportvereinen sind Beleg für den Stellenwert, den der Sport in Barsinghausen hat. In den Vereinen wird viel ehrenamtliche Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit geleistet. Dieses Engagement erkennen wir an. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Er kann Menschen aller Generationen und unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft zusammenführen.

Die Calenberger Musikschule (CMS) bietet ein breit gefächertes und qualifiziertes Unterrichtsangebot für rund 1000 Schülerinnen und Schüler. Die Kooperation der Städte Barsinghausen, Gehrden und Ronnenberg im Bereich der CMS hat sich bewährt und soll in Zukunft fortgesetzt werden. Wir fördern das Deister Bergbaumuseum, die Deister-Freilicht-Bühne, CC&Co, die Kunstschule Noa Noa sowie den Arbeitskreis Kunst (akkb) damit Kulturarbeit in Barsinghausen auf einer soliden Basis steht. Nur so ist es möglich, dass Kultur vor Ort in Barsinghausen von einer breiten Bevölkerungsschicht erlebt werden kann.

- Wir werden uns für den Erhalt der Sportstätten im Stadtgebiet einsetzen, wobei den Veränderungen im Nutzerverhalten etwa in Folge des demografischen Wandels Rechnung zu tragen ist.
- Spielplätze und Schulhöfe, die auch außerhalb der Schulzeit genutzt werden können, werden gepflegt und attraktiver gestaltet.
- Radwege, Mountainbikerstecken und Naturtrimpfade im Deister werden errichtet.
- Eine Skateranlage als Alternative für den Thie wird gebaut.

- Die Sportförderrichtlinien haben sich bewährt und sollen in Zusammenarbeit mit dem Sportring fortgeschrieben werden.
- Es ist ein gesamtstädtisches Konzept für die Jugendarbeit, insbesondere auch für den neuen Freizeitbereich an der KGS und mit Jugendtreffs in den Ortsteilen zu erstellen.
- Für die Jüngeren wollen wir unter pädagogischer Betreuung Klein Basche und das Kinder- und Jugendhaus erhalten.
- Noch ´n Gedicht: Heinz Erhardt, der in Barsinghausen die Schule besucht hat, ist unvergessen. In Erinnerung an ihn soll jungen Komikern in Barsinghausen eine Bühne gegeben werden.
- Die Kultur soll in Barsinghausen ein Zuhause finden. Wir werden jeden Versuch unterstützen, für ein Kulturzentrum in Barsinghausen einen Sponsor zu finden. Das alte Kompressorenhaus an der Halde könnte ein Standort sein.
- Ein Kulturkonzept ist für die Stadt zu erarbeiten.
- Ein Kulturring soll gegründet werden.

8. . Energiewende in Barsinghausen

Klimaschutzprogramm

Die Stadt Barsinghausen wird einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der wir uns vor Ort stellen werden. In einem Klimaschutzprogramm wird dargestellt, in welchem Umfang der CO₂ Ausstoß verringert werden kann.

Im Klimaschutz-Rahmenprogramm der Region Hannover wird eine 40%ige Reduzierung der Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2020 gefordert. Die Kommunen sollen im Rahmen von Klimaschutz- Aktionsprogrammen eigene Handlungsspielräume identifizieren und umsetzen. Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover an.

Über 90% des Treibhausgasminderungspotentials entzieht sich dem direkten Einfluss des Rates. Wir rufen daher alle BürgerInnen und Betriebe auf, an der Aufstellung und Umsetzung des Klimaschutzprogramms mitzuwirken.

Die Klima- und Energiepolitik steht heute vor einer dreifachen Herausforderung: Klimawandel, steigende Energiepreise und Energieversorgungssicherheit. Deshalb müssen wir Energie sparen, Energie effizient einsetzen und erneuerbare Energien ausbauen.

Es ist zu erwarten, dass die Preise für fossile Energieträger in absehbarer Zukunft weiter ansteigen werden. Da der Einsatz fossiler Energieträger mit erheblichen Belastungen für die Umwelt einhergeht und mit unvermeidbarem CO₂-Ausstoß verbunden ist, soll ihr Anteil an der Energiegewinnung kontinuierlich reduziert werden. Neben der Energieeinsparung ist der Ausbau erneuerbarer Energien daher geboten. Solarkollektoren, Fotovoltaikanlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Repowering oder auch Geothermie-Anlagen reduzieren den Bedarf an konventioneller Energie. Beim Transport von zentral erzeugtem Strom treten Verluste von bis zu einem Drittel der eingesetzten Ausgangsenergie auf. Dezentrale Energieerzeugung vermindert Transportverluste.

Unsere Vision ist die energieautonome Stadt, die „Blue-City“. Mit umweltfreundlicher Energieerzeugung und Abwasserbeseitigung bringt sie der Stadt, den Einwohnern und der Umwelt gleichermaßen Vorteile. Langfristig soll die Hälfte des örtlichen Jahresstrom- und Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Der Modernisierung des Gebäudebestandes kommt eine Schlüsselrolle zu. Die Senkung des Primärenergieverbrauchs von Gebäuden um 80% und ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050 ist das langfristige

Ziel. Dadurch sinken auch die Energiekosten, so dass auch die privaten und öffentlichen Haushalte entlastet werden. Die energieeffiziente Kommune spart langfristig etwa 30% der jährlichen Energiekosten und ist für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet.

- Die Stadt verpflichtet sich, bei der Entwicklung der Klimaschutzregion Hannover aktiv mitzuwirken.
- Mit einer deutlich steigenden Wertschöpfung stellt der Klimaschutz einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsförderung dar.
- Schnellstmöglich wird ein energie- und klimapolitisches Leitbild festgelegt, das die Grundlage für die Planung konkreter Energieeffizienzmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Privathaushalte, kommunale Einrichtungen und Infrastruktur bildet.
- Für jedes kommunale Handlungsfeld erfolgt eine Analyse der Ausgangssituation mit Auswertung der Effizienzpotentiale.
- Ein ganzheitliches Energie- und Klimaschutzmanagement bietet eine verlässliche Basis für die Wahl der richtigen Maßnahmen.
- Die einzelnen Maßnahmen werden in einem Energie- und Klimaschutzprogramm dokumentiert.
- Die/der Klimaschutzbeauftragte berät die HauseigentümerInnen in Zusammenarbeit mit den Banken und dem örtlichen Handwerk über Modernisierungs-, Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für ihre Gebäude.
- Im Sinne von Klima- und Umweltschutz werden auf Wunsch Firmen auf Einsparpotentiale von Rohstoffen und Energieverbrauch untersucht.
- Die/der Klimaschutzbeauftragte koordiniert die einzelnen Projekte und überwacht die Umsetzung innerhalb der Zeitpläne und die Einhaltung des Kostenbudgets.
- Die Energieeffizienz- und Klimaschutzaktivitäten werden im 5-Jahres-Rhythmus überprüft.
- Die Stadt wird ihren Fuhrpark auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge umstellen.
- Langfristig sollen Energieeffizienzpotentiale in allen kommunalen Handlungsfeldern (Gebäude, Energiesysteme, Stromnutzung oder Beschaffung) ausgeschöpft werden.
- Strom- und Wärmebedarf sollen so weit wie möglich aus lokal verfügbaren Energieträgern gedeckt werden. Die Selbstversorgung wird angestrebt.
- Alle Dachflächen im Stadtgebiet sollen auf Solartauglichkeit geprüft werden. Ein flächendeckendes Solarkataster soll erstellt werden.
- Vor allem die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung, die zu einer dezentralen Strom- und Wärmeversorgung führt, ist zu fördern.
- Das Potential der Windenergie sollte genutzt werden, insbesondere durch Repowering.
- Die Stadtwerke sollen die Gas- und Stromnetze übernehmen.

Energieeffiziente städtische Gebäude

Die Gebäude der Stadt stellen ein nicht unerhebliches Vermögen dar. Die laufenden Kosten binden beträchtliche Haushaltsmittel. Zum Erhalt des Vermögens sollten die für die Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung erforderlichen Mittel effizient eingesetzt werden. Viele öffentliche Gebäude stammen aus den 1960er und 1970er Jahren und sind stark sanierungsbedürftig. Bauschäden, fehlende Wärmedämmung, veraltete Fenster und ineffiziente Anlagentechnik sorgen für erhebliche Energieverluste.

Rund 1,5 Mio. € müssen jährlich für die Strom- und Wärmeversorgung aufgebracht werden, davon etwa die Hälfte für den Betrieb der Schulen. Die Reduzierung des Energieverbrauchs in Gebäuden führt zu finanziellen Einsparungen.

Durch konsequente Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs engagiert sich die Stadt für den Klimaschutz, spart Energiekosten ein und wird deutlich unabhängiger von zukünftigen

Energiepreisentwicklungen. Durch intelligente Haustechnikkonzepte kann mehr Energie erzeugt werden, als für die Beheizung des Gebäudes erforderlich ist. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Reduzierung der CO₂-Emissionen zu legen.

- Der gesamte Strombezug wird auf Ökostrom umgestellt.
- Die Aufgaben der Gebäudewirtschaft werden wieder zentralisiert.
- Alle städtischen Gebäude und Liegenschaften werden darauf hin überprüft, inwieweit sie zur Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden können.
- Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels ist der zukünftige Bedarf an städtischen Gebäuden zu ermitteln.
- Nach einer gründlichen Ist-Analyse des Bestandes ist ein aussagekräftiges Gebäudekataster vorzulegen.
- Auf dieser Grundlage lassen sich die größten Energieverbraucher unter den städtischen Gebäuden identifizieren und richtige Prioritäten für Handlungsbedarfe setzen.
- Ein flächendeckender Instandsetzungsplan ist zu entwickeln.
- Für die zur Modernisierung ausgewählten Gebäude ist eine gründliche Potentialanalyse durchzuführen und ein Energiekonzept zu erstellen.
- Ein systematisches Energiecontrolling für alle Gebäude ist nach und nach aufzubauen, so dass die Verbräuche tagesaktuell kontrolliert und gesteuert werden können.
- Ein jährlicher Energiebericht wird eingeführt.
- In Zukunft plant und baut die Stadt Barsinghausen alle Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen in Energiegewinnbauweise.

9. Starke Wirtschaft, mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung, Tourismus und Landwirtschaft

Starke Wirtschaft

Eine starke Wirtschaft schafft Arbeitsplätze als Grundlage für eine hohe Lebensqualität. Wir fühlen uns der ortsansässigen Wirtschaft verbunden und stehen für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten, den Unternehmen, dem Mittelstand und dem Handwerk. Das schafft die Möglichkeit für gute Arbeit zu guten Löhnen.

Barsinghausen muss seine Lage im dynamischen Wirtschaftsraum Hannover verstärkt für eine Gewerbeansiedlung nutzen. Die Verkehrsanbindungen an die Autobahn A2 und B 65, an Schiene, ÖPNV und an den Flughafen Langenhagen sind hervorragend. Diese ausgesprochen guten Standortbedingungen werden durch die örtliche Infrastruktur und die Lage am Deister, die gute Fremdenverkehrschancen eröffnet, ergänzt. Für den Wettbewerb unter den Kommunen um Gewerbebetriebe und Arbeitsplätze finden wir in Barsinghausen mit innovativen Unternehmen gute Voraussetzungen.

Dennoch sind in den letzten Jahren in Barsinghausen viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Insbesondere ist durch die Schließung der Zuckerfabrik und die Insolvenz der Firma Ardo in Groß Munzel ein Niedergang im Schwerpunkt der Verarbeitung und Veredelung landwirtschaftlicher Produkte zu verzeichnen. Aber auch bei der Fa. Bahlsen sind trotz erheblicher Subventionen durch die Stadt Arbeitsplätze im großen Umfang abgebaut worden. Die Fa. Mahle steht vor der Schließung.

Im Bereich Einzelhandel ist die Innenstadtentwicklung ausgeblieben. Die Revitalisierung des Citycenters und des Böhre-Geländes sind nicht zuletzt durch die von CDU/FDP geförderten Ansiedlungsbestrebungen der Fa. Kaufland auf der Halde um Jahre verzögert worden. Der ehemalige Kaiserhof ist einer unansehnlichen Brache gewichen. Eine ortsnahe Versorgung in vielen Ortsteilen ist nicht gesichert.

Im Gewerbegebiet Bantorf-Nord stehen noch rund 120.000 m² erschlossener Gewerbeflächen zur Verfügung. Durch Zulieferbetriebe für Logistikunternehmen werden weitere Ansiedlungen erwartet. Bei der Ansiedlungspolitik dürfen wir nicht einseitig oder sogar ausschließlich auf Logistikunternehmen mit großflächigen Betriebshöfen setzen. Aufgrund der Verkehrslage bietet sich an der Autobahnauffahrt Barsinghausen/Kolenfeld eine weitere Entwicklungsperspektive. Das Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik in Groß Munzel ist einer Nachnutzung zuzuführen. In Betracht kommen hier jedoch nur immissionsarme Unternehmen, vor allem aus dem Dienstleistungsbereich, die sich nicht störend auf die angrenzende Wohnbebauung auswirken. Im Übrigen stehen zurzeit etwa 15 ha Gewerbeflächen zur Vermarktung an, die im Rahmen der Flächenbevorratung ergänzt werden sollen.

Die flächendeckende Versorgung der Stadt mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Für viele Betriebe und Haushalte in den Bördedörfern und im Deistervorland ist ein schnelles Internet noch nicht verfügbar. Ein schneller Internetzugang erleichtert die Nutzung von neuen datenintensiven Anwendungen, die zur Steigerung der Produktivität und Leistungsfähigkeit, aber auch zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen können. Bei der Ansiedlung von Unternehmen und bei der Vermarktung von Wohngrundstücken ist die Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs zu einer wichtigen Standortfrage geworden. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung ist mittlerweile ebenso wichtig wie die Versorgung mit Strom, Wasser oder Gas.

- Wir wollen den ortsansässigen und ansiedlungswilligen Unternehmen die Rahmenbedingungen geben, die sie brauchen, um in Barsinghausen erfolgreich arbeiten zu können.
- Jedem ansiedlungs- oder erweiterungswilligen Unternehmen soll nach Möglichkeit eine adäquate Gewerbefläche angeboten werden können.
- Bis spätestens 2015 sollen flächendeckend schnelle Internetanschlüsse im gewerblichen und privaten Bereich verfügbar sein.
- In einem neuen Einzelhandelskonzept ist der Entwicklung der Innenstadt und der Ansiedlung von Nahversorgern in den Ortsteilen Vorrang einzuräumen.
- Auf weiteren großflächigen Einzelhandel auf der grünen oder grauen Wiese wird verzichtet, da Barsinghausen über ausreichend gute Einkaufsmöglichkeiten im Lebensmittelhandel verfügt.
- In Groß Munzel und Großgoltern sehen wir gute Chancen für die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten mit einer Verkaufsfläche von ca. 800 m² zur Nahversorgung.
- Wir werden Barsinghausen als Tagungsstandort weiterentwickeln.
- Im Rahmen der Flächenbevorratung wird eine weitere Gewerbefläche im Bereich der Calenberger Straße überplant und erschlossen.
- Bei der Vermarktung unserer Gewerbeflächen werden wir eng mit der Region Hannover zusammenarbeiten.
- Wir werden die Maßnahmen eines zu erstellenden Klimaschutzrahmenprogramms als Beitrag zur Wirtschaftsförderung umsetzen.

Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung

Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber. Für ein Unternehmen ist es von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, dass Genehmigungen schnell erteilt werden, Ansprechpartner schnell reagieren und ihre Bedürfnisse erkannt und ernst genommen werden. In Zukunft müssen klare Anforderungen an die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung bei Anfragen, Anträgen und Hilfestellungen für klein- und mittelständische Unternehmen erfüllt werden. Zufriedene Unternehmer sind Botschafter für den Standort und die beste Standortwerbung.

- Die Stadtverwaltung erwirbt das „RAL Gütezeichen für mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen“.
- Die Stadt wird sich zu einer mittelstandsorientierten Kommunalverwaltung weiterentwickeln.
- Durch ein Beschwerdemanagement wird gewährleistet, dass innerhalb kürzester Frist auf Beschwerden reagiert wird.

Tourismus

Freizeit und Erholung nehmen einen immer höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft ein. Aufgrund der Lage hat Barsinghausen einen hohen Wohn- und Freizeitwert. Durch die guten Verkehrsanbindungen ist Barsinghausen für Gäste aus Nah und Fern schnell und bequem erreichbar. Als Sitz des Niedersächsischen Fußballverbandes mit Sporthotel und Sportschule ist Barsinghausen landesweit bekannt. Der Deister, aber auch das Vorland, laden zu Wanderungen und Fahrradtouren ein. Die Deister-Freilicht-Bühne zieht jedes Jahr mit ihren Stücken viele Gäste aus der Region an. Die Klosterkirche mit dem ehemaligen Kloster sowie die vielen gut erhaltenen Gutshäuser können bei einer Fahrradrundtour durch das Deistervorland erkundet werden. Das Besucherbergwerk gibt Einblick in die Geschichte Barsinghausens. Über die schwierige Arbeit der Bergleute im Stollen kann man sich bei einer Einfahrt in den Stollen informieren.

- Wir werden den Tourismus in Barsinghausen als wichtigen Standortfaktor planvoll weiterentwickeln.
- Die Aktivitäten des Tourismusvereins werden wir unterstützen und eng mit der Hannover Marketing und Tourismusgesellschaft (HTMG) zusammenarbeiten.
- Wanderwege werden im Zusammenwirken mit der Region Hannover ausgebaut.
- Gemeinsam mit der Region Hannover werden Routen für Mountainbiker eingerichtet.
- Der Radfahrer-Tagestourismus wird durch Ausweisung lohnender Ziele und Einkehrmöglichkeiten erweitert.
- Themenbezogene Rundwege nach dem Vorbild der „Roten Kette“ und dem Kohlepfad werden ausgearbeitet.
- Im Rahmen einer „Gartenschau“ soll der Zechenpark als eine naturnahe Parklandschaft aufgewertet werden und mit dem unverwechselbaren Charakter als ehemaliger Industriestandort für Barsinghausen werben.

Landwirtschaft und regenerative Energien

Zur Sicherung der Unternehmensentwicklung sind den verbliebenen landwirtschaftlichen Betrieben in Barsinghausen hinreichende Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Das Leitbild Landwirtschaft wird von Betrieben geprägt, die schwerpunktmäßig Ackerbau betreiben.

- An geeigneten Standorten soll die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien ausschließlich in Vorranggebieten ermöglicht werden.
- Betriebe der Massentierhaltung sollen im Calenberger Land auf das gesetzliche Mindestmaß nach dem Baugesetzbuch und unter Beachtung des Tierschutzes beschränkt bleiben.
- Den Schutzbedürfnissen der Wohnbevölkerung und dem Erhalt von Natur und Landschaft wird besondere Bedeutung eingeräumt.

10. Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr ist in jedem Ortsteil präsent und übernimmt dort eine wichtige Funktion, die über die Aufgaben aus dem Brandschutzgesetz hinausgeht. In enger Kooperation mit der Feuerwehr wollen wir an dieser Präsenz festhalten. Die SPD tritt für die bewährten Schutzziele und Sicherheitsstandards im Feuerwehrbereich ein. Die Menschen in Barsinghausen haben Anspruch auf Schutz und Hilfe auf einem dem jeweiligen Stand der Technik entsprechenden Niveau. Diese Sicherheit wird durch ein flächendeckendes System von ehrenamtlichen Einsatzkräften gewährleistet. Die SPD unterstützt die Kinder- und Jugendarbeit in den Feuerwehren als einen wichtigen Baustein für die Zukunftssicherung. Dem ehrenamtlichen Engagement im Brandschutz ist besonders Rechnung zu tragen. Einsatzkräfte sehen sich Risiken ausgesetzt, denen sie sich aus Verantwortung vor den Hilfesuchenden nicht entziehen können.

- Die Ortswehren werden mit dem bewährten Mittel der Budgetierung für ihre Aufgaben mit der erforderlichen technischen Ausstattung ausgerüstet.
- Der Schutz vor Haftungs- und Unfallrisiken für Feuerwehrangehörige soll aufrechterhalten und die Qualität gesichert bleiben. Dazu gehört für uns der Erhalt der Feuerwehr-Unfall-Kasse.
- Die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr soll durch die Möglichkeit einer aktiven Mitgliedschaft der KameradInnen am Wohn- und Arbeitsort erhöht werden. Dafür wollen wir uns auf Landesebene einsetzen.
- Die Forderung des Niedersächsischen Landesfeuerwehrverbandes auf besondere Würdigung der Arbeit der aktiven Feuerwehrleute, z.B. durch eine Lebensversicherung, die zum Ende des aktiven Dienstes ausgezahlt wird, oder vergünstigte städtische Leistungen und Gebühren, wollen wir vor Ort umsetzen.
- Mit Kinder- und Jugendfeuerwehren wird für die Feuerwehr geworben, um Kinder aus allen Schichten an die Feuerwehr heranzuführen.
- Den Jugendfeuerwehrwarten wird eine adäquate Schulung angeboten.
- Die Aktivitäten der Kinder- und Jugendfeuerwehren werden stärker in die Aktivitäten der städtischen Jugendpflege integriert.
- Die Brandschutzerziehung in den Schulen und Kindergärten wird verstärkt, wofür ein Brandschutzmobil angeschafft wird.
- Die SPD ermutigt alle Menschen in Barsinghausen, ihre Fähigkeiten, Erfahrungen und Ideen in die Arbeit der Feuerwehren und ihrer Verbände einzubringen.

11. Verkehr

Straßenbau und Unterhaltung

Die BAB 2 und die B 65 sind die am stärksten frequentierten Strecken im Stadtgebiet. In den Ortsteilen erreichten die Verkehrsmengen entlang der B 65 bereits bei der Aufstellung des F-Planes im Jahre 2004 kritische Belastungen. Seitdem hat der Verkehr weiter zugenommen. Bei den häufigen Autobahnsperren werden insbesondere die Ortsteile Groß Munzel, Landringhausen, Wichtringhausen und Bantorf stark belastet. Die Landesstraßen im Stadtgebiet befinden sich teilweise in einem beklagenswerten Zustand.

Die Straßen der Stadt sind für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Barsinghausen von enormer Bedeutung. Diese Infrastruktur verkörpert ein erhebliches Vermögen, das zu pflegen und in einem guten Zustand zu erhalten ist. Die kommunalen Straßen haben eine Gesamtlänge von 175 Kilometern. Im Rahmen einer Untersuchung aus dem Jahre 2008 wurden die Straßen und Wege nach Schadenmerkmalen erfasst und die Gesamtreparaturfläche ermittelt. Das

Straßenuntersuchungsprogramm ermöglicht es, den optimalen Eingriffszeitpunkt festzulegen. Bei 58 Kilometern der Straßen ist der optimale Eingriffszeitpunkt bereits überschritten, so dass nur noch ein Neubau in Betracht kommt.

Die Angebote des ÖPNV sind insgesamt als gut zu bezeichnen. Der ÖPNV hat durch den Ausbau der Haltestelle Winninghausen und des P&R-Platzes an Bahnhof Barsinghausen durch die Region Hannover an Attraktivität gewonnen. Der bevorstehende Ausbau der Haltestelle Kirchdorf ist äußerst positiv zu bewerten.

- Die Straßenbaulastträger der BAB sowie der Bundes- und Landesstraßen werden wir unter Beteiligung unserer Bundes- und Landespolitiker zu einer Verbesserung der Straßen- und Verkehrsverhältnisse im Interesse unserer BürgerInnen drängen.
- Es ist ein Sanierungsplan für die städtischen Straßen vorzulegen.
- Die städtischen Straßen sind in einem ordnungsgemäßen und sicheren Zustand zu halten.
- Die Straßen und Wege sind von der Stadt in regelmäßigen Abständen je nach Verkehrsbedeutung zu kontrollieren. Verkehrsgefährdende Stellen sind kurzfristig zu beseitigen.
- Die Sanierungsmaßnahmen sind mit den Versorgern abzustimmen.
- Dem Rat ist jährlich über den Zustand der Straßen und Wege sowie über die Art und den Umfang der Sanierungsmaßnahmen zu berichten.
- Insbesondere in den ländlichen Ortsteilen sind einige Busverbindungen (z.B. von Landringhausen nach Wunstorf) verbesserungswürdig. Die Einrichtung einer Bushaltestelle an der Entlastungsstraße in Höhe des Kirchdorfer Kreisels ist erstrebenswert.
- Der behindertengerechte Ausbau der Bushaltestellen ist fortzusetzen.
- Die Schulwegsicherung wird insbesondere im Bereich von Grundschulen verbessert.

Straßenreinigung und Winterdienst

Die Straßenreinigung und der Winterdienst sind Amtspflichten, die der Stadt im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung obliegen. Sie sind Aufgaben der Daseinsvorsorge der Stadt. Der Rat der Stadt hat mit der Mehrheit von CDU/FDP diese Pflichten im Wesentlichen auf die Eigentümer der Anliegergrundstücke übertragen.

Die beiden letzten Winter haben gezeigt, dass viele Anlieger mit der Übertragung des Winterdienstes bis zur Mitte der Fahrbahnen überfordert sind. Es muss ein System gefunden werden, das es den BürgerInnen, der Feuerwehr, den Rettungs- und Pflegediensten ermöglicht, ihre Wohnungen und ihre Einsatzorte auch bei Schnee und Eis zu erreichen.

- Die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsverordnung werden überarbeitet.
- Das Räumen und Streuen der Fahrbahnen gehört zu den grundlegenden Pflichten der Stadt, die nicht auf die Anlieger übertragen werden.
- Soweit erforderlich werden Straßenreinigungsgebühren erhoben, auch für den Winterdienst.

Leuchtendes Beispiel

Die öffentliche Straßenbeleuchtung schafft Sicherheit und Lebensqualität - ein Service, den unsere BürgerInnen von der Stadt im Rahmen der Daseinsvorsorge erwarten dürfen. Die Straßenbeleuchtung ist insbesondere in den Wintermonaten aus Gründen der Sicherheit unverzichtbar. Durch intelligente Lichtsteuerung kann das Beleuchtungsniveau reguliert und an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst werden. In Nebenstraßen mit geringer Verkehrsbedeutung ist weniger Licht erforderlich als auf Schulwegen, an bekannten Unfallstellen, Hauptverkehrsstraßen oder an Orten, an denen auch während der Dunkelheit vor allem mit

Fußgängerverkehr zu rechnen ist. Die Kosten der Straßenbeleuchtung sind so gering wie möglich zu halten.

- Die alten Leuchten sind durch energieeffiziente und wartungsfreundliche Modelle zu ersetzen.
- Ein Konzept für einzeln zu regulierende und dimmbare Straßenleuchten ist zu erstellen, um Energiekosten deutlich zu reduzieren und die Lebenserwartung der Lampen zu erhöhen.
- Ein intelligentes Managementsystem überwacht die Funktion und Kosteneffizienz der Beleuchtungsanlagen.
- Anhand einer Prioritätenliste ist festzulegen, wann welche Leuchten ausgetauscht werden, wobei insbesondere der Energieverbrauch von entscheidender Bedeutung ist.
- Der Einsatz von Solarleuchten mit LED-Systemen ist je nach Standort der Leuchten zu prüfen.
- Wartung und Instandsetzung der Straßenbeleuchtung wird im Rahmen der Wirtschaftlichkeit durch die Stadtwerke erfolgen.

Fahr Rad

Es ist ein neuer Verkehrsentwicklungsplan zu erstellen, der die Förderung des Radverkehrs verfolgt. Die Zahl der Fahrradfahrer im Stadtgebiet soll deutlich gesteigert werden.

- Es sind fahrradgerechte Straßen und Wege mit verbesserter Überquerbarkeit für Radfahrer und Fußgänger an Kreuzungen (z.B. durch Optimierung von Lichtsignalanlagen) zu schaffen.
- Radwegeverbindungen sind auszubauen.
- Alle Einbahnstraßen werden für Radfahrer gegen die Fahrrichtung freigegeben, soweit es die Verkehrssicherheit erlaubt.
- Fahrradabstellanlagen oder verschließbare Abstellboxen mit Überdachung werden modernisiert, ergänzt oder neu errichtet.
- Radwegweisungen zwischen den Ortsteilen und in den Ortsteilen werden verbessert.
- Der Radfahrer-Tagestourismus wird durch Ausweisung lohnender Ziele und Einkehrmöglichkeiten erweitert.
- Themenbezogene Rundwege zwischen 25 und 50 Kilometern werden ausgearbeitet.
- Ein Fahrradstadtplan wird erarbeitet.
- Auch bei Fahrrädern setzen wir auf Elektromobilität.

12. Solide Finanzen

Seit Jahren ist die wirtschaftliche Situation der Stadt Barsinghausen angespannt. Das Haushaltsdefizit wird im Jahre 2011 ca. 10 Mio. € betragen. Die Einnahmen durch Steuern, Entgelte und Gebühren decken nur noch 80 % der Ausgaben. Die Schulden der Stadt belaufen sich zurzeit auf etwa 46 Mio. €.

Die Stadt ist bei den Einnahmen und Ausgaben weitgehend von der Politik des Bundes und des Landes abhängig. Dort sind Entscheidungen zu treffen, die die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden deutlich verbessern. Der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen ist um die FreiberuflerInnen zu erweitern. Die Gewerbesteuer ist in eine kommunale Wirtschaftsteuer umzuwandeln. Bei Einkommenssteuersenkungen müssen die Kommunen einen Ausgleich erhalten. Der Gesetzgeber ist in der Pflicht, die Grundsteuer zu reformieren. In Zukunft dürfen weitere Aufgaben vom Bund und Land nur noch dann übertragen werden, wenn sie zu 100% gegenfinanziert werden.

- Um die Handlungsfähigkeit der Stadt wieder zu erlangen, sind eine disziplinierte Ausgabenpolitik und eine langfristig angelegte Haushaltskonsolidierung erforderlich. Teure Prestigebauten (Umbau der Fußgängerzone) kann sich die Stadt nicht leisten. Ein Schuldenabbau kann nur gelingen, wenn die gegenwärtige Situation umgekehrt wird und die Einnahmen die Ausgaben wieder übersteigen. Eine Erhöhung des Schuldenstandes werden wir uns insbesondere bei höheren Zinsen nicht leisten können. Wir können nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben. In vielen Bereichen werden wir zunächst investieren müssen, um langfristig zu sparen und Schulden abzubauen.

Die Stadt Barsinghausen ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf eine leistungsfähige Verwaltung angewiesen. Dafür ist qualifiziertes Personal erforderlich, das nach Tarif bezahlt wird. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen wird auf mindestens 30 % erhöht. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten soll in ihrer jetzigen Form beibehalten werden. Eine Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit schließen wir aus. Kosteneinsparungen können durch eine Optimierung der Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung erreicht werden.

- Für jeden Bereich der Verwaltung werden Ziele und Kennzahlen ermittelt, damit durch einen Vergleich mit anderen Kommunen festgestellt werden kann, wo die Verwaltung auch heute schon kostengünstig arbeitet und wo Optimierungsmöglichkeiten bestehen.
- Die interkommunale Zusammenarbeit wird ausgebaut.
- Aufgaben werden verstärkt auf städtische Gesellschaften übertragen, um Synergieeffekte zu erreichen. Eine Privatisierung lehnen wir ab.
- Investitionen sind vorrangig auf solche Projekte zu konzentrieren, durch die die Stadt mittel- oder langfristig spart oder die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt unverzichtbar sind.
- Auch aufgrund des demografischen Wandels ist der gesamte Gebäudebestand dahingehend zu überprüfen, ob Gebäude entbehrlich werden.
- Durch die Verbesserung der Energieeffizienz der städtischen Gebäude werden Heiz- und Stromkosten gespart.
- Die Stadtentwicklungsgesellschaft wird durch eine aktive Wirtschaftsförderung den Standort Barsinghausen besser als bisher vermarkten. Zusätzliche Gewerbesteuern und Arbeitsplätze werden durch eine aktive Bestandspflege und Neuansiedlung von Unternehmen entstehen.
- Der demografische Wandel wird neue Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich und bei Dienstleistungen bringen.
- Das Programm zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz fördert die örtliche Wirtschaft.
- Die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze und die dezentrale Energieerzeugung verbessern die Einnahmen der Stadt.
- Die Bürgerinnen und Bürger werden über einen Bürgerhaushalt bei der Einnahme- und Ausgabegestaltung beteiligt.